
Verantwortung der Generationen Gespräch mit Heinz Oskar Vetter

Heinz Oskar Vetter, geb. 1917, war bis 1982 Vorsitzender des DGB. Er ist Mitglied des Europäischen Parlaments

Frage: Eine ganze Reihe von Gewerkschaftsvorsitzenden ist in der letzten Zeit aus den Führungsämtern ausgeschieden. Ist das ein Generationenwechsel? Siehst Du damit eine Änderung in der gewerkschaftlichen Politik verbunden?

Antwort: Es ist nicht so sehr ein Generationenwechsel, sondern vielmehr der allmähliche Übergang zu einer jüngeren Mannschaft. So etwas vollzieht sich konsequent, schon allein aus biologischen Gründen. Mein Nachfolger, Ernst Breit, gehört sicherlich keiner anderen Generation an als ich, und auch Hans Mayr ist keiner anderen Generation zugehörig als sein Vorgänger Eugen Loderer. In diesen Fällen sind die politischen Erfahrungen sehr ähnlich. Das Lebensalter spielt in der Politik beim Vergleich von zwei Menschen, die politische Verantwortung tragen, nur dann eine Rolle, wenn sie ganz unterschiedliche Erfahrungshintergründe haben. Aber es zeichnet sich bei den Gewerkschaften bald wieder ein größerer Wechsel ab, der dann wahrscheinlich eher die Kennzeichen eines Generationenwechsels aufweist und eine jüngere Generation in die Ämter bringt, die sich allerdings zum Teil schon jetzt darauf vorbereitet.

Haben die Gewerkschaften genügend getan, um diesen sich ja nicht nur in Führungsämtern abspielenden Generationenwechsel bruchlos zu gestalten?

Menschliche Lebensläufe unterliegen eigenen Gesetzen. Sicher, es ist durchaus manchmal möglich, die richtige Person an die richtige Stelle zu bringen. Aber vieles in diesem Bereich entzieht sich glücklicherweise auch der Planung. Wichtig scheint mir zu sein, daß man allen, die in Führungspositionen kommen, klarmacht, in welcher Tradition sie stehen. Sie dürfen an den Verpflichtungen der Geschichte nicht vorbeihuschen können. Die Funktionäre müssen vom Tage des Eintritts in die Organisation an in der Geschichte gehalten werden. Das ist für mich das Instrument zur Überwindung von Brüchen.

Wird auf die Nachwuchsrekrutierung und -Schulung in den Gewerkschaften genügend Wert gelegt?

Es wird immer wieder einzelne geben, die keiner Schulung bedürfen, die sozusagen vom Vertrauensmann bis hin zum Vorsitzenden ohne weiteres aufsteigen. Das sind allerdings seltene Ausnahmefälle, für die man dankbar sein muß. Es ist dann wichtig, daß eine solche „Genialität“ jeweils in die richtige Umgebung kommt. Der Normalfall liegt anders. Die Gewerkschaften haben nur dann eine Chance, in ihrer Personalpolitik erfolgreich zu sein, wenn sie von vornherein die richtige Auswahl treffen. Die zentrale Entscheidung liegt am Anfang. Und hier muß scharf ausgewählt werden: Wer nicht eine gewisse geistige Breite, Charakter, Einsatzbereitschaft, die Verbindung von Idealismus und Realismus zeigt, der ist fehl am Platze. Alles, was dann folgt, ist sehr viel einfacher. Der DGB steht dabei vor einem größeren Problem als die Einzelgewerkschaften, die eine systematischere Personalplanung betreiben können. Hier ist der Weg vom Beruf über die betriebliche und die ehrenamtliche Arbeit hin zum Funktionär, der entsprechend geschult wird, noch klarer vorgezeichnet. Dabei muß allerdings vermieden werden, daß zu früh eine zu starke Spezialisierung, etwa auf den Rechtsschutz, eintritt. Natürlich werden fähige, ausgebildete, rechtskundige Rechtsschutzsekretäre gebraucht, aber sie sollten immer auch politische Sekretäre sein, wie es der gewerkschaftlichen Tradition entspricht.

Der DGB mit seinen übergreifenden Aufgaben ist auf allgemein angelegte Funktionäre angewiesen. Deshalb wäre es gut, wenn viele von ihnen aus den Einzelgewerkschaften kämen. Wir müssen aber feststellen, daß umgekehrt oft DGB-Funktionäre zu Gewerkschaften überwechseln. Auf diese Weise bereitet der DGB sozusagen die Sekretäre vor, die Gewerkschaften übernehmen sie dann. Ich will in diesem Zusammenhang an das Wort erinnern: „Gleiche Löhne und gleiches Fressen und der Krieg wäre längst vergessen.“ Sicher ist es wichtig, den einzelnen Funktionär an die Erfolge seiner Gewerkschaft anzubinden. Aber ich halte es für einen falschen Weg, wenn dadurch ein Gefälle, sogar eine Kluft entsteht. Ich würde es vielmehr für richtig halten, wenn es im

Gesamtbereich derer, die für die Gewerkschaften arbeiten, gleiche Einkommen gäbe.

Das ist sicher auch ein Problem, das mit der Stärke des DGB zusammenhängt. Seit 1949 haben alle DGB-Vorsitzenden versucht, den DGB stärker zu machen. Warum sind diese Versuche weitgehend mißlungen, und siehst Du in der Zukunft - womöglich angesichts der Krise - größere Erfolgsaussichten für diese Bemühungen?

Die Zeiten werden politisch komplizierter. Noch in den ersten Jahren der sozial-liberalen Koalition konnte man von der Zielsetzung her von einer weitgehenden Identität von Regierungserklärung und Regierungsabsichten ausgehen. Ich will allerdings hier auch am Rande bemerken, daß ich von Anfang an gesehen habe, daß die Politik der sozial-liberalen Koalition keinesfalls automatisch den gewerkschaftlichen Vorstellungen entsprach. Und das mußten auch die führenden Sozialdemokraten zugeben, wenn man sie beharrlich nach ihren tatsächlichen Übereinkünften mit den Freien Demokraten befragte. So hat es z. B. niemals eine Vereinbarung gegeben, die Mitbestimmung im Gewerkschaftssinne auszuweiten. Alle Gewerkschafter haben daran ebensowenig etwas ändern können wie die großen Parteistrategen. Das beweist einmal mehr, daß auch die Durchsetzung gewerkschaftlicher Vorstellungen sehr stark von der politischen Situation abhängt. Dabei ist es nicht gut, das, was politisch möglich ist, sozusagen mit einem Schleier zu überdecken, so daß dann die Enttäuschung groß ist, wenn man feststellen muß, daß sich unter diesem Schleier kaum Greifbares verbirgt. Die Enttäuschung bringt Ermüdung und Zermürbung mit sich. Das muß sich negativ auf das Zusammenwirken von Gewerkschaften und Regierung auswirken. Zurück zur Ausgangsfrage: In den Nachkriegsjahren war entscheidend, wozu die Besatzungsmächte bereit waren. Daran mußten sich alle Vorstellungen vom Wiederaufbau der Gewerkschaften messen lassen. Und die Besatzungsmächte waren sehr vorsichtig, weil sie nicht davon ausgehen konnten, daß sich aus dem totalen Krieg und der Niederlage automatisch demokratische Strukturen entwickeln würden. So verliefen die Gewerkschaftsneugründungen einmal nach den Richtlinien der Besatzungsmächte, zum anderen spielte sicher eine wichtige Rolle, welches die starken Leute in den einzelnen Regionen und Bereichen waren. Viele deutsche Gewerkschafter wollten damals zweifellos eine zentrale Gewerkschaft, etwa so, wie heute der Österreichische Gewerkschaftsbund aufgebaut ist. Wenn man dieses Beispiel nennt, muß man natürlich sehen, daß es im ÖGB Fraktionen gibt. Und Fraktionen wollte damals niemand haben. Fraktionen können in Krisenzeiten leicht zur Belastung für die Einheitsgewerkschaft werden. Viele können sich nicht daran gewöhnen, mit politischen Gegnern zusammen in einer Gewerkschaft zu sein und zu arbeiten. Wir wären an diesen Problemen aber nicht vorbeigekommen. Andererseits kann kein Zweifel daran bestehen,

daß eine einzige zentrale Gewerkschaftsorganisation mit funktionierender innerer Demokratie ein ganz bedeutendes Element in der deutschen Politik gewesen wäre.

Aber so ist es nicht gekommen, und dabei hat auch eine Rolle gespielt, daß gerade in Aufbauzeiten, in „Goldgräberzeiten“, Persönlichkeiten eine herausgehobene Rolle spielen, Persönlichkeiten wie Böckler, wie August Schmidt, wie Kummernuß, die zwar Brüder im Geiste waren, die aber andererseits auch für einen ganz bestimmten Bereich zuständig waren und kämpften. Alle DGB-Vorsitzenden haben dann versucht, nicht nur ihre eigene Autorität zu entwickeln, sondern auch organisatorische Zuständigkeiten für eine gemeinsame Politik zu bekommen, die den DGB schlagkräftiger machen könnte. Alle haben dabei ihre Erfolge gehabt, und es hat viele Situationen im Bundesvorstand gegeben, die uns die Sicherheit vermittelten, daß wir als starke und einheitliche Formation handeln können.

Zur Zeit mehren sich allerdings wieder die Anzeichen dafür, daß die Einheitlichkeit schwieriger wird. Von außen mit den Erfahrungen von innen gesehen, würde ich sagen, daß das, was sich jetzt am Beispiel der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit abspielt, zur Panne werden kann. Daß die Gewerkschaften zwei Wege gehen wollen, ist das eine, daß der DGB aber in der heutigen Lage beide Ziele gleichzeitig erreichen will, ist problematisch. Für mich stellt es sich so dar, daß die Vorruhestandsregelung, die sich sicher bei Teilen der Gewerkschaften anbietet und dort auch Tradition hat, in einem Zusammenspiel zwischen Arbeitgebern und Regierung dazu genutzt werden soll, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die ich für einzig effektiv halte, zu verhindern. Hier wird der DGB noch zu der Einsicht finden müssen, daß es kein „Aber“, keine Alternative geben kann. Wenn die Arbeitgeber versuchen zu unterstellen, bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit handele es sich um eine ideologische Frage, so müssen sie zurückgefragt werden, ob nicht vielmehr sie einen allgemeinen „roll back“ betreiben, der es den Gewerkschaften insgesamt schwer machen soll. Denn wer weitreichende Forderungen stellt, muß auch beweisen, daß er über die notwendige gesellschaftliche Verpflichtung und Moral verfügt. Gerade dieses Verantwortungsbewußtsein und die Moral sollen den Gewerkschaften dadurch genommen werden, daß man ihnen Fehler der Vergangenheit, etwa im Fall Neue Heimat, immer wieder öffentlich vorhält. In einer derart schwierigen Situation braucht man Bündnispartner, und naheliegende Bündnispartner für Gewerkschaften sind die politischen Parteien. Ihnen muß die gewerkschaftliche Lage unterbreitet werden, und sie müssen dringend danach gefragt werden, was sie tun können. Das muß in der Einheitsgewerkschaft ganz offen geschehen, und ich bin der Meinung, daß die Unterstützung bereits gesucht werden muß, bevor eine bestimmte Phase der Auseinandersetzung erreicht ist. Ich muß mit allen, denen ich politisch vertraue, rechtzeitig

reden, um abschätzen zu können, ob im Ernstfall ausreichend Kraft da ist, meine Sache durchzusetzen. Denn es wäre schlimm, wenn für den Fall, daß marschiert werden muß, keiner zum Marschieren bereit ist. Die Gewerkschaften haben genügend Gegner, sie müssen dafür sorgen, daß sie ihre Freunde aktivieren. Das bedeutet aber auch, daß sie sie ansprechen. Sie müssen die Wissenschaft ansprechen, sie müssen die Kirchen ansprechen, sie müssen die politischen Gruppen ansprechen.

Wir sehen zur Zeit den Weg des Versagens einer Wirtschaft, die sich sozialverpflichtete Marktwirtschaft nennt. Zwei Millionen Arbeitslose sind ein vernichtendes Urteil über diese Marktwirtschaft, wenn sie nichts Wirksames dagegen unternimmt. Die Gewerkschaften wollen dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Sie wollen insofern die Marktwirtschaft funktionstüchtig erhalten. Behauptungen, daß die Gewerkschaften soziale Marktwirtschaft zerstören wollen, sind vollkommen haltlos.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine Aufgabe, die sich nicht auf die Bundesrepublik beschränkt, sondern die sich europaweit stellt. Die entsprechenden Analysen und Konzepte liegen nun schon seit vielen Jahren vor. Inzwischen haben zahlreiche Gipfelkonferenzen auf europäischer Ebene stattgefunden. Sie haben nichts gelöst. Hier muß der Europäische Gewerkschaftsbund noch sehr viel aktiver werden und im internationalen Raum politische Unterstützung finden.

Wichtig bleibt, daß die Gewerkschaften vermeiden, was andere ihnen ganz offensichtlich aufdrängen wollen: nämlich kontroverse Meinungen in den eigenen Reihen zu haben. Ich kritisiere das engagiert, und ich finde es äußerst problematisch, daß unterschiedliche Veranstaltungen abgehalten werden und unterschiedliche Meinungen in die Öffentlichkeit getragen werden. Ich würde eher das Prinzip der Papstwahl bevorzugen: Sperrt sie so lange ein, bis der weiße Dampf aufsteigt.

Wenn die Gewerkschaften eine so harte Auseinandersetzung erfolgreich bestehen wollen, müssen sie die Mitglieder hinter sich haben. Nun sind auseinanderstrebende Interessen vorhanden, etwa betrieblicher Art, etwa bei verschiedenen Altersgruppen. Das ist zur Zeit noch der Grund für die relative Schwächesituation, in der sich die Gewerkschaften befinden. Sind sie bewußtseinsmäßig dafür gerüstet, die zentrale Auseinandersetzung um die Arbeitszeit auch durchstehen zu können?

Nach zahlreichen Gesprächen und Veranstaltungen bin ich zu der Auffassung gelangt, daß viele Menschen unsicher sind, weil die Dinge so nebeneinanderge-

stellt werden. Mancher Ältere wird dann in der Frage der Vorruhestandsregelung zu dem Ergebnis kommen, daß das die für ihn günstigere Lösung sei, ohne ernsthaft zu prüfen, ob er damit nicht in eine neue Unsicherheit kommt. Dies wird ihm nur mangelhaft klargemacht. Kein Teil der Gesellschaft kann sich ablösen und seine Probleme gesondert lösen. Aus dem Schicksal der Bundesrepublik, Europas kann sich keine Generation ausblenden. Das gilt eben auch für die älteren Menschen, die Sicherheit suchen, weil sie sich nicht mehr so fähig fühlen, sich zur Wehr zu setzen. Ich habe Kritik dafür hinnehmen müssen, daß ich die Vorruhestandsregelung in der gegebenen Situation als Fluchtweg bezeichnet habe, den uns die Gesellschaft jetzt anbietet, obwohl sie lange Zeit konsequent dagegen war. Die Arbeitgeber und der Bundesarbeitsminister arbeiten da Arm in Arm. Darauf muß hingewiesen werden, das ist nämlich eine politische Frage und keine Sachfrage mehr. Die Sachfrage hat sich durch diese Umstände in ein gewerkschaftliches Politikum gewandelt.

Die Gewerkschaften müßten also Fluchtwege solcher Art durch konstruktive Angebote oder Vorschläge, die vielen zu vermitteln sind, versuchen zu verstellen, um dadurch die Solidarität stärker zu machen?

Ja, und sie müssen, weil ihnen die Auseinandersetzung auf der unteren Ebene nicht erspart wird, in Sachen Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung noch mehr aufklären, nicht zuletzt weil uns die Medien pausenlos einhämmern, daß wir als Gewerkschaften diese Wirtschaft zerstören und nicht eine große gesellschaftspolitische Aufgabe zu lösen versuchen. Bei der Gelegenheit müßte auch klar werden, daß die Bundesregierung nicht aus der Verantwortung entlassen werden darf. Einige möchten wohl ganz gern, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften sich in einem bloßen Tarifstreit gegenüberstehen. Aber es handelt sich bei den Fragen von Arbeitsorganisation und Arbeitszeitverkürzung um zutiefst gesellschaftliche Aufgaben, die sich nicht wie üblich lösen lassen. Es geht nicht zuletzt darum, daß ein wirtschaftliches Ordnungssystem wie die Marktwirtschaft das Attribut des Sozialen in schwierigen Zeiten erhält oder einbüßt.

Um noch einmal zum Thema Generationenwechsel zurückzukommen: Sind nicht auch für die Gewerkschaften neue Politikkonzepte notwendig, wie sie zum Teil von der nachwachsenden Generation vorgetragen und durchzusetzen versucht werden?

Von meinen 66 Jahren her gesehen gibt es keine neuen Politikkonzepte. Wenn ich die Zeit bedenke, die ich miterlebt habe, dann sind die Kernfragen in dieser oder jener Form immer wieder aufgetaucht. Arbeitszeitverkürzung z. B. ist nichts Neues. Auch Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe gab es leider schon. Und

schon einmal haben die deutschen Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzung gefordert, um so die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Schon damals, in den dreißiger Jahren, ist ihnen vorgeworfen worden, sie wollten das Ganze in Frage stellen und gefährden. Wir wissen heute, daß es dann ganz andere waren, die die demokratischen Strukturen gestört und beseitigt haben. Damals ist die Situation des Umbruchs nicht rechtzeitig erkannt worden, kam jede Mobilisierung zu spät, um die Entwicklung aufzuhalten. Damit sich so etwas nicht wiederholt und damit das weitere Absinken in immer schwierigere Situationen verhindert wird, müssen sich die demokratischen Kräfte über die Parteigrenzen hinweg zusammentun. Nur so läßt sich etwas bewegen. In bestimmten historischen Augenblicken ist der totale Schlagabtausch um die Macht eine Kräftevergeudung. Wenn wir allerdings alle Probleme - Umwelt, Atomenergie, Frieden - gleichzeitig angehen und lösen wollten, würde das unsere Kräfte übersteigen. Deshalb scheint es mir, solange wir noch ein bißchen Frieden haben, notwendig zu sein, daß wir sehr schnell regeln, was realistischerweise zu bewältigen ist. Dann kann man sich auf einem neuen gesellschaftlichen Niveau wieder stärker und entschiedener anderen Fragen zuwenden.